

# Vom Schrumpfen zur Integration?

## Thüringens Willkommenskultur und die sozialräumliche Integration von Flüchtlingen in Gera

Franziska Werner und Anna Marie Steigemann

*Beitrag zur Veranstaltung „Sozial-räumliche Integration von Flüchtlingen“ der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie*

„Gera. Nach rassistischen Beleidigungen im Alltag haben vier Schauspieler und Sänger ihre Verträge am Theater Altenburg-Gera nicht mehr verlängert. Die Künstler, die in Gera und Altenburg lebten, hätten [...] die veränderte Stimmungslage für ihren Entschluss angegeben, sagte Generalintendant Kay Kuntze am Mittwoch. Sie seien auf der Straße oder im Zug aufgrund ihrer Hautfarbe oder Sprache angefeindet worden. Die Künstler hätten keine Strafanzeige bei der Polizei gestellt, weil sie nicht als Opfer stigmatisiert werden wollten.“ (Neues Deutschland, dpa 04.01.2017)

Der Beginn dieses Artikels aus der Zeitung Neues Deutschland unterstreicht die fremdenfeindliche und rassistische Stimmung in Thüringen und insbesondere in Gera, die uns veranlasst hat, im Rahmen eines Forschungsprojekts und in Zusammenarbeit mit BA Urbanistik-Studierenden der Bauhaus-Universität Weimar und verschiedenen Geraer Initiativen das Alltagsleben und die Inklusion von Asylsuchenden und Geflüchteten in Gera im Zeitraum von August 2015 bis März 2016 ethnographisch zu untersuchen.

Bereits bei unseren ersten Besuchen vor Ort und durch erste explorative Gespräche mit kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich mit der Aufnahme und Versorgung der Geflüchteten beschäftigen, wurde deutlich, dass einerseits die Kommune sich trotz angespannter finanzieller Lage und starken Schrumpfungsprozessen in den letzten Dekaden größtenteils einer längerfristigen Aufnahme und Inklusion von Geflüchteten in die Stadtgesellschaft versperrt und nur widerwillig zugeteilte Flüchtlinge aufnimmt und versorgt, und andererseits, die zivilgesellschaftlichen und sozialarbeitenden Akteure – wie etwa auch die Mitarbeiter/-innen des Theaters Altenburg-Geras –, die sich für Migration nach Gera und insbesondere die seit 2012 nach Gera zugeteilten Flüchtlinge einsetzen, unter dem allgegenwärtigen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und der mangelnden Unterstützung seitens der Kommune leiden.

In diesem Beitrag möchten wir daher die Frage „Vom Schrumpfen zur Integration?“ sowie die Willkommenskultur und sozialräumliche Integration von Flüchtlingen in Gera adressieren. Der Beitrag strukturiert sich in vier Abschnitte. Zunächst wird kurz der Hintergrund der Erkenntnisse durch die Vorstellung der beiden mittlerweile abgeschlossenen Projekte „Willkommensstädte“ und „Migration statt Schrumpfung“ dargestellt. Anschließend soll sowohl der sozialräumliche Kontext Thüringens als auch jener unseres Fallbeispiels Gera erläutert werden. Diese Rahmensetzung dient als deskriptive

und informative Folie, vor welcher anschließend die Möglichkeiten aber auch Schwierigkeiten sozialräumlicher Integration in Gera geschildert werden können. Abschließend wird der Beitrag sich nochmals der Ausgangsfrage „Vom Schrumpfen zur Integration“ widmen, um ein vorläufiges und dennoch abschließendes Fazit zu ziehen.

## Hintergrund und Ausgangslage

Das Forschungsprojekt hat sich aus der Dringlichkeit des Themas und der Nachfragen sowohl unserer bereits bestehenden Kooperationspartner/-innen als auch aus dem Interesse vieler Studierender an der Bauhaus-Universität und insbesondere der arabischsprachigen Studierenden, „etwas tun zu wollen“, heraus entwickelt. Obwohl sich unser Fachgebiet seit 2010 verstärkt der Schnittstelle von (Flucht-)Migrationsforschung und Stadtforschung widmet, sind mit der „Werkstatt Sozialraum: Willkommensstädte“ die ersten empirisch ausgerichteten Lehrformate, die sich mit internationaler Migration nach Thüringen und Ostdeutschland beschäftigen, etabliert worden. Im Rahmen der Werkstätten konnten so über die letzten Jahre enge Kontakte und Kooperationen mit sozialen Trägern, Sozialarbeiter/-innen und Mitarbeiter/-innen der kommunalen und föderalen Regierungen, Stadtplanungsämtern, Sozialdezernaten, „Ausländerbehörden“ sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren und Gruppen, die sich für Geflüchtete einsetzen, aufgebaut werden. Im Rahmen dieser Kooperationen widmete sich unsere Forschung insbesondere der Frage, wie sich der Aufnahmeprozess auf lokaler Ebene – für Geflüchtete und Akteure vor Ort – gestaltet.

Nachdem bereits sechs Kommunen in eher peripheren und ländlich geprägten Räumen untersucht wurden, war die Hoffnung, mit Gera als der drittgrößten Stadt in Thüringen, einen urbaneren und eventuell „offeneren“ Bezug zu Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten aufzuzeigen. Wir hatten zunächst gehofft, es werden sich auch weitere Kommunen melden, die Geflüchtete bereits zu dem Zeitpunkt als Chance begreifen und dementsprechend „Willkommen heißen“ wollen. Geplant war, diese Prozesse durch wissenschaftliche Begleitung zu ergänzen. Da das Interesse und die Kooperationsbereitschaft diesmal seitens vieler Kommunen allerdings eher gering ausfiel, wurde deshalb auf die bereits bestehenden Kontakte zurückgegriffen bzw. jene Akteure in weiteren Kommunen angeschrieben, in welchen nach ersten explorativen Recherchen der Eindruck gewonnen wurde, dass dort sowohl für als auch gegen Geflüchtete gearbeitet und argumentiert wird, „Willkommensinfrastrukturen“ aufgebaut oder gefährdet werden.

Nach diesen explorativen Erkundungen zu ersten Entwicklungen und Schritten vor Ort im Umgang mit den neuen Bewohner/-innen wurde der sozialräumliche Kontext einer möglichen Willkommenskultur in sechs Kommunen seit 2014 untersucht. Diese sind Mühlhausen, Erfurt, Artern, Meiningen, Gera und Jena (siehe Abbildung 1). Dabei gab es zum Teil sehr unterschiedliche Themensetzungen in den Teilprojekten, je nach dem was aktuell in den Orten von größter Relevanz war, wie etwa die beruflichen Perspektiven oder die Gesundheitsversorgung von Asylsuchenden und Geflüchteten.

Die erste Phase widmete sich daher dem Kennenlernen der unterschiedlichen Situationen vor Ort und der Identifikation relevanter Themen, während die zweite Phase dann qualitative Interviews mit Geflüchteten und weiteren Akteuren in den jeweiligen Kommunen umfasste, die zum Teil von deutsch- und arabischsprachigen Studierendengruppen durchgeführt wurden. In der dritten Phase wurden diese ersten Erkenntnisse und empirischen Ergebnisse sowie mögliche Schlussfolgerungen für die Weiterentwicklung einer administrativen sowie gesellschaftlichen Willkommenskultur mit dem thüringischen Migrationsminister sowie der Migrationsbeauftragten Thüringens, aber auch den Geflüchte-

ten, den Initiativen und der lokalen Bevölkerung diskutiert. Im Anschluss wurden diese „Willkommensstädte“ im Rahmen weiterer Forschungsprojekte mit den Studierenden weiterentwickelt.

Das Fallbeispiel Gera stellt daher eine Vertiefung der Exploration der Situation von Geflüchteten dar, mit einem zusätzlichen Fokus auf urbane Schrumpfungprozesse. So wurde dieses Projekt mit „Migration statt Schrumpfung. Leben und Alltag von Geflüchteten in Gera“ betitelt. Gera wurde überdies als urbaneres Fallbeispiel ausgewählt, da die zivilgesellschaftlichen Kooperationspartner/-innen einerseits selbst Interesse an einer Weiterführung unserer Begleitforschung hatten, andererseits sich aber vor allem hier ein besonders vielfältiger Einblick – auch aufgrund der Größe der Stadt – erhofft wurde.

Somit wurden im Spätsommer 2015 in Kooperation mit zwei Geraer Flüchtlingshilfe-Vereinen und syrischen Geflüchteten die Gemeinschaftsunterkünfte und dezentralen Unterbringungen sowie Vereinsräumlichkeiten und andere für Geflüchtete wichtige Behörden, Einrichtungen und (öffentliche) Räume besucht, die den Alltag und die Mobilität von Geflüchteten vorstrukturieren.

Die drei wichtigsten Forschungsphasen (analog zu jenen der vorangegangenen Projekte der „Willkommensstädte“) lassen sich wie folgt unterteilen:

Phase I: Kennenlernen der Situation vor Ort, Identifikation relevanter Akteure und Themen

Phase II: Begegnung mit und Befragung von Geflüchteten und auch weiterer Akteure (Verwaltung, Vereine, soziale Träger, Ehrenamtliche)

Phase III: Diskussion möglicher Schlussfolgerungen vor Ort mit Interessierten und Engagierten

Bevor auf die empirischen Ergebnisse und Schlussfolgerungen eingegangen wird, soll im Folgenden zunächst der sozialräumliche Kontext Thüringens sowie Geras im Besonderen vorgestellt werden.

## Sozialräumlicher Kontext Thüringen

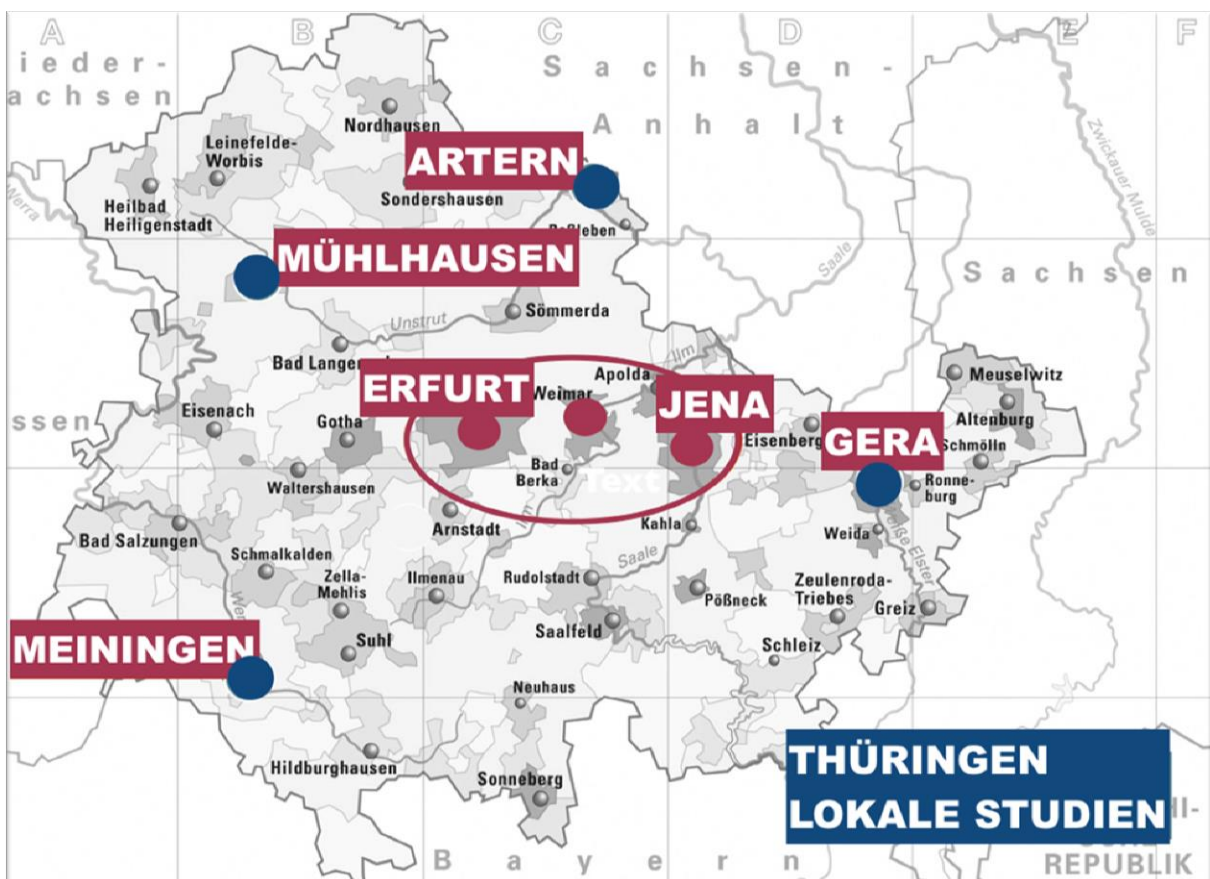
Der sozial-räumliche Kontext Thüringens spielt eine besondere und zum Teil erklärende Rolle für den Umgang der föderalen und kommunalen Regierungen mit internationaler Migration und insbesondere der neueren Fluchtmigration.

Geographisch liegt Thüringen westlich bzw. südlich angrenzend an Niedersachsen, Hessen und Bayern, mit der Folge, dass viele Thüringer/-innen in diese westlichen Bundesländern zur Arbeit hinpendeln bzw. in der Vergangenheit dort bereits gearbeitet und/oder gewohnt haben. Dies bedeutet, dass in Thüringen vergleichsweise viele Menschen Erfahrungen mit sowie Kenntnisse über Migrant/-innen und Migration in Westdeutschland gemacht haben. Trotz dieses größeren Erfahrungsaustauschs mit multi-ethnischen oder ethnisch diverseren Orten, liegt geographisch der Großteil unserer Fallkommunen in eher peripher und abgeschotteten Regionen Thüringens, die eher durch Abwanderung und Schrumpfung als durch Zuwanderung und zirkulierendem Wissen geprägt sind. Die in den beiden Forschungsprojekten untersuchten Kommunen sind Artern mit 5.500 Einwohner/-innen, Mühlhausen mit circa 35.000 Einwohner/-innen, Meiningen mit circa 21.000 Einwohner/-innen sowie die drei größten Städte Erfurt mit circa 210.000, Jena mit circa 109.000 und Gera mit knapp 98.000 Einwohner/-innen.

Bis auf die Städtekette Jena-Weimar-Erfurt schrumpft und altert der Freistaat Thüringen drastisch, wenn auch regional sehr ungleichmäßig, wie in den meisten Bundesländern. Seit 1989 haben etwa 500.000 Menschen Thüringen verlassen. Diese Disparitäten verstärken sich durch die geographischen und geologischen Gegebenheiten: Gebirgszüge, Täler, Verkehrsachsen, der Thüringer Wald bilden verkehrstechnisch Schneisen und Furchen und führen dazu, dass manche Regionen relativ gut ange-

schlossen und erschlossen sind, während andere eher verkehrstechnisch abgekapselt und strukturell benachteiligt wurden, was die Schrumpfungsprozesse und strukturellen Benachteiligungen dort verstärkt.

Die folgende Karte (Abbildung 1) zeigt neben den Fallbeispielkommunen auch die räumlichen Disparitäten in Thüringen auf: Der Ring lässt sich als sogenannte „Line des Wachstums“ beschreiben und umfasst die prosperierenden Städte Erfurt, Weimar und Jena, während das restliche Bundesland überwiegend ländlich geprägte, schrumpfende Regionen mit Klein- und Mittelstädten darstellt.



Quelle: Bearbeitete Karte von <http://www.mr-kartographie.de/uploads/pics/Bevoelkerungsdichte-Thueringen.jpg> (letzter Aufruf 31.08.2016).

### Abbildung 1: Fallstudien

Wenige stabile bzw. wachsende oder sich verjüngende Ausnahmen stellen somit vor allem die drei Universitätsstädte Erfurt, Jena und Weimar dar, die auch zunehmend mehr Studierende und zum Teil auch Arbeitnehmer/-innen aus Westdeutschland und den europäischen Nachbarländern gewinnen können. Damit kann an diesen drei Orten auch von einer langsamen Etablierung eines ethnisch und sozial diverseren Alltags gesprochen werden, der sich aber nur auf die ausgewählten größeren Städte und dort auch nur auf sehr wenige Stadtteile konzentriert.

Die anhand der Karte bereits illustrierten räumlichen Disparitäten gehen überdies mit dem Paradigma der schrumpfenden Städte einher, welches in Thüringen wie in den anderen ostdeutschen Bundesländern bereits sehr lange für die Betrachtung der Entwicklung von Städten bestimmend ist. Das Schrumpfungsparadigma geht auch mit einer Auseinandersetzung um die Folgen und den Um-

gang mit den demographischen Veränderungen einher, welche häufig mit starkem Rückbau von Wohnraum, aber auch Versorgungs- und Infrastruktureinrichtungen sowie von einem Mangel an Fachkräften geprägt ist. Gleichzeitig überaltern viele Regionen in Thüringen und insbesondere die jüngeren und gebildeteren Bevölkerungsteile wandern verstärkt ab.

Ein weiteres Charakteristikum der sozialräumlichen Struktur Thüringens ist die geringe Erfahrung mit internationaler Migration. Thüringen kann kaum soziale, ethnische oder lebensstilistische Diversität in der Bevölkerung vorweisen. So lag der Anteil von Ausländer/-innen seit 1990 bei wenigen Prozentpunkten (2005: 2 Prozent; 2011: 1,6 Prozent; 2015: 3,8 Prozent; Thüringer Online-Sozialstrukturatlas ThOnSA, 06.01.2017). Vor 2012 waren die zahlenmäßig am stärksten vertretenen Migrant/-innengruppen vorwiegend aus Polen und Russland (oftmals aus deutschsprachigen Gebieten oder mit deutschsprachigen Vorfahren), während in den letzten Jahren vor allem Flüchtlinge und Asylsuchende nach Thüringen zugeteilt wurden. Diese kommen aus Syrien, Afghanistan, Albanien und Eritrea (Schalast, Seidel 2016: 15). Bei einer Gesamtbevölkerung von rund 2,2 Millionen Menschen in Thüringen muss das Bundesland bei der Verteilung von Geflüchteten über den Königsteiner Schlüssel lediglich 2,7 Prozent (2016) aller in Deutschland ankommenden Geflüchteten unterbringen. Prozentual gesehen haben die größeren Städte Jena, Weimar und Suhl mit 6,2–5,7 Prozent sowie die Ballungsräume den größten Ausländeranteil, der jedoch im Vergleich mit westdeutschen Landkreisen und Städten nach wie vor sehr gering ausfällt. (Schalast, Seidel 2016: 11)

Parallel zu bzw. vor dieser „neuen“ Zuwanderung, den Geflüchteten, gab und gibt es in Ostdeutschland keine bzw. kaum internationale Migration(-serfahrung): Vor 1989 wurde nur sehr wenig und stark reglementierte Migration aus den sozialistischen Bruderstaaten zugelassen, wie etwa die sogenannten Vertragsarbeiter/-innen aus Angola, Kuba oder Vietnam, deren soziale Interaktionen mit der deutschen Bevölkerung weitestgehend verboten wurde. Zudem wurden sie räumlich und sozial stark segregiert und abgeschottet untergebracht. Nach 1990 bestand die Migration nach Thüringen vor allem aus sogenannten Kontingentflüchtlingen aus der ehemaligen Sowjetunion sowie Spätaussiedler/-innen. Dies bedeutet dass es nicht nur kaum/keine interkulturellen Kompetenzen und Erfahrungen mit dem/die/der/das Anderen/Fremden in der Bevölkerung und so auch in den administrativen und politischen Ämtern gibt, sondern auch keine positiven Bilder von Migrant/-innen und Kenntnisse über Lebensweisen, -gewohnheiten, Wohnbedürfnisse, Religionen etc. Das bedeutet weiterhin auch, dass es bis heute in Ostdeutschland und somit auch in Thüringen kaum ethnisch geprägte Viertel gibt – auch nicht in den wachsenden Großstädten.

Ein weiteres Charakteristikum des sozialräumlichen Kontextes Thüringens ist die politische Ausgangslage und die damit verbundenen Implikationen in Bezug auf die Thematik von Fluchtmigration. Seit 2014 regiert erstmalig eine Rot-Rot-Grüne Koalition in einem Bundesland. Damit einher geht eine besondere Fokussierung auf die Flüchtlings- und Integrationspolitik als zentrale Themen der Regierung. Dies zeigt sich etwa institutionell mit der erstmaligen und in der Bundesrepublik bisher einmaligen Einrichtung eines Migrationsministeriums oder auch in der Festlegung der Präferenz auf „dezentrale Unterbringung“ von Geflüchteten im Koalitionsvertrag, was jedoch aufgrund der Ereignisse von 2015 nicht aufrecht gehalten wurde. Momentan wird darüber hinaus diskutiert, die im neuen Integrationsgesetz (vom 01.08.2016) geforderte Wohnsitzauflage für anerkannte Asylsuchende nicht umzusetzen (Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz 2016).

Diese und weitere Aspekte, und auch gerade vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklungen Thüringens und deren Auswirkungen wie Fachkräftemangel, lassen die bisherige Landespolitik als eine Propagierung von Willkommenskultur erschienen.

Als vierter Aspekt zur Erläuterung des sozialräumlichen Kontextes Thüringens sind die virulenten rechten und rassistischen Hetzen, Mobilisierungen und Einstellungen zu nennen. So hält etwa die Gewalt gegenüber Geflüchteten und deren Unterkünften trotz rückläufiger Zahlen von ankommenden Menschen an. Bereits bis Ende Mai 2016 wurden 39 Straftaten gegen Unterkünfte registriert, was bereits mehr als die Hälfte derer des Jahres 2015 (71 Straftaten insgesamt) entspricht (MDR, 06.01.2017). Diese feindliche und ablehnende Haltung und Stimmung gegenüber Geflüchteten findet auch ihren Ausdruck auf der Straße in den anhaltend stattfindenden Aufmärschen des PEGIDA-Ablegers Thügida in verschiedenen Kommunen des Bundeslandes. Nicht zuletzt spielt dabei auch die AfD eine relevante Rolle. Die Partei ist mit 10,6 Prozent der Wähler/-innenstimmen mit acht Abgeordneten im Landtag vertreten. Insbesondere der bundesweit bekannte und lautstark gegen Geflüchtete und Ausländer/-innen hetzende Fraktionsvorsitzende Björn Höcke spielt in der öffentlichen Debatte eine zentrale Rolle.

Die sozialräumliche Integration von Flüchtlingen in Thüringen lässt sich somit nur vor dem hier beschriebenen Hintergrund verstehen: der räumlichen Disparitäten, der geringen Migrationserfahrung, einer von der Landesregierung propagierten Willkommenskultur und den vorhandenen rechten und rassistischen Einstellungen und Aktivitäten vor Ort. Dieser Kontexterläuterung folgt nun eine Einführung in die sozialräumliche Situation unseres Fallbeispiels Gera.

Aus den bisherigen Beschreibungen wurde deutlich, dass einige wenige größere Städte sich auf Kosten der ländlichen Regionen stabilisieren, aber trotzdem oftmals auch genauso wenig Erfahrung mit internationaler Migration haben wie die ländlicheren Regionen. Besonders hoher Bevölkerungsrückgang war und ist vor allem in Ostthüringen und insbesondere in Gera zu verzeichnen. Dies bedeutet, dass es in Thüringen Wohnungsleerstand in fast allen ländlichen Regionen, kleinen und größeren Städten gibt, bis auf die bereits erwähnten leicht an Bevölkerung wachsenden Städte mit eher angespanntem Wohnungsmarkt Jena, Erfurt, Weimar. Gera hingegen weist eine der höchsten Leerstandsquoten der Thüringer Städte auf. Der hohe Bestand an leer stehenden Wohnungen von Genossenschaften und kommunalen Wohnungsgesellschaften, der nicht nur Plattenbau, sondern gerade in Gera auch innerstädtische Altbauten betrifft, bilden nun die Basis für die sozialräumliche Integration von Geflüchteten. Allerdings sind wie im restlichen Thüringen viele der Wohneinheiten nicht nutzbar wegen notwendiger Modernisierungen, Mieter/-innenwechsel oder sind gänzlich unbewohnbar. Gera ist auch in anderen Bereichen oft am unteren Ende von Statistiken zu finden. Die trotz allem drittgrößte Stadt des Landes mit rund 98.000 Einwohner/-innen im Jahr 2016 (Stadt Gera 06.01.2017) hat seit 1990 rund 38.000 Einwohner/-innen verloren. Die Arbeitslosenquote lag 2014 auf der thüringenweiten Höchststand von 11,4 Prozent, wobei sich im Zeitraum der verstärkten Ankunft von Geflüchteten in der Stadt eine leichte Verbesserung auf 10 Prozent im August 2016 verzeichnen ließ und dies auch weil durch die Geflüchteten Arbeitsstellen etwa in den Bereichen Soziale Arbeit, Sicherheit und Baugewerbe entstanden sind (ThOnSA 06.01.2017). Die Zunahme von Geflüchteten in Gera hat insbesondere den Anteil der Ausländer/-innen an der Bevölkerung stark verändert: Lag die Quote 1990 bei lediglich 0,7 Prozent und selbst im Jahr 2000 bei gerade einmal 1,2 Prozent hat sich der Anteil von Menschen mit nicht-deutschen Pass im Jahr 2015 auf 4,8 Prozent erhöht und damit erstmalig den Thüringer Durchschnitt im gleichen Jahr (3,8 Prozent) überschritten (ThOnSA 06.01.2017). Dies ist vor allem auch darauf zurückzuführen, dass Gera Standort einer Erstaufnahmeeinrichtung (ein ehemaliges Krankenhausgebäude) für Geflüchtete ist. Neben dieser Einrichtung gibt es zwei Gemeinschaftsunterkünfte sowie dezentrale Unterbringungen in der Stadt. Trotz Leerstands in der Innenstadt wohnen die meisten Asylsuchenden in Gera in den randstädtisch gelegenen Plattenbausiedlungen Bieblach-Ost im Nordosten und Lusan im Südwesten der Stadt. Beide Stadtteile sind infrastrukturell weniger gut ange-

bunden und ausgestattet, eher von Überalterung der dort lebenden Bevölkerung geprägt und für die Größe der Stadt weit von der Innenstadt entfernt gelegen.

Was zu diesen politischen Entscheidungen hinsichtlich der Unterbringung der Geflüchteten führt, lässt sich nicht allein durch die aufgeführten Kontextualisierungen der Situation in Thüringen wie Gera erklären. Daher folgt nun die Darstellung der Erkenntnisse unseres Projektes „Migration statt Schrumpfung. Wohnen und Leben Asylsuchender und Geflüchteter in Gera“ in Bezug auf die Möglichkeiten und Schwierigkeiten sozialräumlicher Integration von Flüchtlingen.

## Möglichkeiten und Schwierigkeiten der sozialräumlichen Integration

„Demnach wäre sozialräumliche Integration die gleichberechtigte Teilhabe der Zuwanderer am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben, organisiert auf der Ebene des Stadtteils“ (Petendra 2005: 4). Diese Definition sozialräumlicher Integration, insbesondere die Aufschlüsselung auf die vier Dimensionen der Teilhabe, dient als Grundlage unseres Verständnisses jenes Terminus. In unserem Gera-Projekt und dem darin ethnographisch erhobenen und begründeten Beobachtungs- und Interviewmaterials wurden folgende Themenfelder identifiziert, die den Sozialraum wie auch das Leben und den Alltag von Geflüchteten und somit auch deren Integrationsprozesse beeinflussen: Alltag, Mobilität, Versorgung, Verwaltung, Ängste, Ehrenamt. Zur vertiefenden Betrachtung wurden zusätzlich weitere Wirkungsfelder aus der Literatur herangezogen: Dies sind neben dem starken Fokus auf Wohnen auch Freizeit, Bildung, Gesundheit und Kultur. Die oben in der Definition erwähnten ökonomischen und politischen Teilhabedimensionen für Flüchtlinge in Gera haben sich im Material nicht aufgezeigt, was zum Teil auch auf die strukturellen Hindernisse von Asylsuchenden etwa in Bezug auf ein Arbeitsverbot während des laufenden Asylverfahrens zurückzuführen ist. Die identifizierten Themenfelder werden im Folgenden anhand ausgewählter Materialausschnitte aus den verschiedenen Interviews mit Akteuren (Geflüchtete, Hauptberufliche in der Fluchtarbeit sowie ehrenamtliche Engagierte) erläutert, um somit die Chancen wie auch Restriktionen im Prozess der sozialräumlichen Integration von Geflüchteten in Gera zu schildern.

Wie bereits oben angedeutet, ist dezentraler Wohnraum aufgrund hoher Leerstände in der Stadt prinzipiell für Geflüchtete vorhanden, dennoch werden jene hauptsächlich an wenigen, randstädtisch gelegenen und schlecht angebundenen Orten untergebracht. Diese Problematik in Bezug auf das Wohnen von Flüchtlingen und deren räumlicher Abkopplung von der Innenstadt in Gera beschreibt eine hauptberuflich in der Flüchtlingsversorgung Arbeitende folgendermaßen: „Wir haben viele [Flüchtlinge], die in Bieblach-Ost oder Lusan untergebracht sind und die dann erst Mal gucken müssen, wie komm' ich denn überhaupt in die Stadt“.

Die infrastrukturelle Ausstattung an diesen Wohnorten findet auch in den geringen Freizeitmöglichkeiten vor Ort ihren Ausdruck. Die meisten allgemeinen Freizeitangebote sowie auch die meisten oft ehrenamtlich organisierten Freizeitbeschäftigungen für Asylsuchende sind eher in der Innenstadt zu finden. Zudem sind die Angebote oft spezifisch für Geflüchtete angelegt, was einerseits einen Schutzraum bieten kann, andererseits Kontakt oder Interaktion mit anderen Geraer/-innen eher verhindert. Nicht zuletzt gibt es auch aufgrund der demographischen Situation in der Stadt insgesamt gerade für jungen Menschen und somit auch für die oft jungen Geflüchteten kaum passende Aktivitäten oder Orte für Beschäftigungen und Treffen am Abend oder Wochenende. Dies wird eindrücklich durch diese Aussage einer Geflüchteten: „Ich kann nicht alles in Gera machen, das Problem in Gera ist, dass um acht Uhr abends alle Geschäfte geschlossen sind. Und es sind auch keine Leute zu sehen“.

Ein weiterer Einflussfaktor auf die sozialräumliche Integration von Flüchtlingen ist die geringe finanzielle Ausstattung und daraus entstehenden eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten der Kommune. „Gera befindet sich finanziell in einer Schieflage als Kommune, dass wir also strukturelle Haushaltsprobleme haben und dass wir an vielen Stellen nicht so handlungsfähig sind, wie wir uns das wünschen würden“ (Hauptberuflicher). Dass gerade vor diesem Hintergrund Geflüchtete auch als Chance betrachtet werden könnten, weil man sie etwa als Bürger/-innen, Konsument/-innen oder Fachkräfte in der Stadt behalten will, wird dennoch bisher kaum diskutiert, weder als Idee noch in Form konkreter Anreize dafür. Bisher ist Gera daher meist nur Durchgangsstation auf dem Weg zur Weiterwanderung in offenere und größere Städte in Westdeutschland bzw. an Orte, wo bereits Bekannte oder Verwandte der Migrant/-innen leben.

In Bezug auf das Themenfeld Bildung lässt sich konstatieren, dass die neu entstandenen Bildungsangebote gerade für minderjährige Geflüchtete neue (Kenn-)Lernprozesse initiieren können. Durch die Zunahme des Anteils von Kindern und Jugendlichen in der Stadt besteht auch die Möglichkeit anstehende Schließungen von Einrichtungen vorzubeugen, aber auch bereits bestehende Engpässe in der Versorgung zu verschärfen.

Die öffentliche Verwaltung – als einer der wichtigsten Akteure im Alltag – zeigt sich in Gera als eher unflexibel, schwerfällig und zurückhaltend im Umgang mit und der Versorgung von Geflüchteten. Viele Mitarbeiter/-innen versperren sich, die neuankommenden Menschen und damit einhergehend etwa auch finanzielle Mittel durch die Landesregierung als neue Möglichkeiten für die Stadt zu sehen. Dies spiegelt sich vor allem auch in der schwerfälligen Kommunikationsweise über und mit den Geflüchteten wider, aber auch in der mangelnden Kooperationsbereitschaft mit den lokalen Akteuren und uns im Verlauf des Forschungsprojekts.

In Bezug auf das Themenfeld der Gesundheit bzw. Gesundheitsversorgung treffen Geflüchtete auf eine Ausgangslage, die bereits vor ihrer Anwesenheit vor Ort starke Problematiken und vor allem Engpässe aufweist, etwa in Form von Ärztemangel. Für Geflüchtete kommt zudem das langwierige und schwierig zu verstehende bürokratische Prozedere als weitere Hürde für eine Behandlung von Krankheiten hinzu: „Diese Prozesse sind für den gerade ankommenden Flüchtling erst mal nicht zu durchschauen. Das ist eine große Herausforderung. Denen diese Prozesse, die Abläufe auch begreiflich zu machen“ (Hauptberuflicher).

Zudem entscheiden Beamt/-innen über Arztbesuche ohne medizinische Kenntnisse. Eine weitere Schwierigkeit stellen in diesem Bereich auch die fehlenden interkulturellen Kompetenzen und Sprachkenntnisse des medizinischen Personals dar. Unabhängig von diesem eingeschränkten Zugang von Asylsuchenden zu Gesundheitsangeboten, stellt dies insgesamt eine Situation dar, die sich verschärft und den Handlungsdruck erhöht.

„Das geht bei der Infrastruktur der Stadt Gera los, die also an bestimmten Stellen einfach immer wieder weiter zurückgebaut werden würde, wenn sich der Bevölkerungstrend nach unten vorsetzt“ (Hauptberuflicher). Sowohl die bereits angerissenen Bereiche der sozialen und gesundheitlichen Infrastruktureinrichtungen sind von Rückbau und Umstrukturierung betroffen. Dies betrifft jedoch auch die Mobilitätsangebote der Stadt. Durch die randständischen Unterbringungsorte sind somit die Bewegungsabläufe und -radien und damit einhergehend Teilhabemöglichkeiten eingeschränkt und erschwert, da wichtige Freizeit- und Treffpunkte aber auch Orte der alltäglichen Versorgung vor allem im Zentrum von Gera angesiedelt sind.

Die eingeschränkten Bewegungsmöglichkeiten verstärken zudem die Angstempfindung vieler Geflüchteter im öffentlichen Raum und erhöhen die Hemmung und Angst sich zu Fuß auf den langen Wegen in und durch die Stadt zu bewegen. Dies wird in diesem Zitat eindrücklich aufgezeigt: „Wir hier



in Bieblach, ich komme sofort hier her. Ich gehe nirgendwo in Bieblach hin, aber ich will sagen, dass wenn ich auf der Straße bin, wenn nicht viele Leute um mich rum sind, wenn ich ein paar Nazis treffe, dann fühle ich mich nicht sicher“ (Geflüchteter). Die Wahrnehmung der ständigen Beobachtung und des Argwohns durch andere Bewohner/-innen Geras und der Präsenz von „Nazis“ im öffentlichen Raum sowie auch Erfahrungen von verbaler und physischer Gewalt veranlassen Viele, Bewegungsabläufe entweder einzuschränken oder aber diese in Gruppen mit anderen gemeinsam zu bewältigen. Ein freies und vor allem angstfreies Bewegen und auch Erkunden der Stadt ist somit für die Geflüchteten nur selten möglich. So wie die Geflüchteten oft Ängste äußern, so lässt sich dies auch bei Geraer/-innen finden. Gruppen von (jungen) Männern machen wiederum vielen Geraer/-innen Angst, wie mehrere Bewohner/-innen beschreiben. So beschreibt eine Hauptberufliche dies folgendermaßen: „Die [Bewohner/-innen] wollen nicht den Leerstand, aber sie wollen auch nicht das Fremde“. Es ist eine Atmosphäre der Angst vor dem Anderen und Fremden, wahlweise auch konkreter vor in Gruppe auftretenden Geflüchteten. Diese beiden Seiten von Ängsten wird zumindest bisher wenig durch irgendeine Form von Kommunikation oder Moderation etwa seitens der Medien oder der Verwaltung begegnet.

Abschließend und nicht zu vernachlässigen in der Diskussion um die Chancen und Schwierigkeiten sozialräumlicher Integration von Flüchtlingen in Gera ist die Relevanz und der Einsatz zivilgesellschaftlicher Akteur/-innen und Einrichtungen: „Es ist eigentlich eine Bereicherung für beide Seiten, muss ich wirklich sagen. Man spürt wirklich die Dankbarkeit, sie sind sehr motiviert, die deutsche Sprache zu lernen und ja das ist doch eigentlich das Beste, was man haben kann!“ (Ehrenamtliche). So gibt es trotz der vielen benannten Widrigkeiten auch eine Vielzahl überordentlich Engagierter, die sich gezielt mit den multiplen Problemlagen der mangelhaften Versorgung und Akzeptanz von Geflüchteten, aber auch dem virulenten Rassismus und Xenophobie sowie der starken und weiter wachsenden Rechten in der Region auseinandersetzen und dies zum Teil auch unter Einbeziehung von Geflüchteten und auf verschiedensten Ebenen für deren Integration und auch Verbleiben in Gera kämpfen. Das dieses Engagement nicht selten mit Erfahrungen von Drohungen und Angriffen einhergeht, lässt sich angesichts der beschriebenen Schwierigkeiten und des Kontextes in Gera nicht ausblenden.

Allgemein lässt sich das Leben und der Alltag von Geflüchteten in Gera – und den damit einhergehenden Implikationen für ihre sozialräumliche Integration – als insbesondere durch Kontakte und Interaktionen zu Behörden und Sozialdiensten aber auch durch Einsamkeit und Warten geprägt beschreiben. Eine weitreichende Teilhabe auf unterschiedlichen Ebenen wie in der eingangs beschriebenen Definition sozialräumliche Integration ist zumeist nur in Ansätzen, wenn überhaupt aufzufinden.

## Fazit

Der zu Beginn aufgezeigte Fall des Wegzugs mehrerer Schauspieler/-innen des Theaters in Gera zeigt in aller Deutlichkeit die vielfältigen Problemlagen in der Stadt und insbesondere dabei die rechten und rassistischen Stimmungen und Angriffe gegenüber vermeintlich ‚Anderen‘ oder ‚Fremden‘ – ganz gleich, ob nun angestellt in einem städtischen Unternehmen oder gar einen überregional bedeutenden Schauspielhaus oder untergebracht in einer Gemeinschaftsunterkunft.

Unsere Projektarbeit hat verschiedene Aspekte des Alltagslebens von Geflüchteten beleuchtet und Bereiche identifiziert, die Einfluss – sowohl positiven wie negativen – auf die sozialräumlichen Integrationsprozesse von Geflüchteten aufweisen.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass es in Gera, aber auch in den meisten anderen Thüringer und ostdeutschen Kommunen bisher keine *ethnic communities* oder ähnliche Institutionen gibt, die insbesondere in der Anfangszeit eine Brückenfunktion und Unterstützung für Geflüchtete bieten können. Die aufgezeigten Haltungen der Verwaltung und Behörden, die sich aus verschiedensten Gründen dem Thema eher verschließen als öffnen, zeigen weiterhin wie wenig die bisher vor allem von oben verordnete Willkommenskultur der Thüringer Landesregierung auf Widerhall stößt, sondern zum Teil viel mehr Widerstand bewirkt. Dies schlägt sich unter anderem auch in einer zu weiteren Deprivationen führenden und mangelhaften Versorgung und Unterbringung – trotz hohem Leerstand im kommunalen Wohnungsbestand – der Geflüchteten wider. Der präsenste Rassismus und die rechten Stimmungen in der Stadt, die sowohl Übergriffe wie wiederholend stattfindende Demonstrationen von etwa Thügida, AfD und NPD umfassen, kreieren eine Angststimmung auf allen Ebenen.

Abschließend ist aber als positiv zu benennen, dass sich viele, vor allem ehrenamtlich sehr stark engagierte Menschen vor Ort einsetzen und auch zum Teil mit überregionalen Vernetzungen, medialer Präsenz und anderen Aktivitäten, trotz ständiger persönlicher Drohungen eine andere Situation schaffen wollen. Sie sind wichtige Akteure vor Ort, um Situationen und Möglichkeiten für sozialräumliche Integration in Form von Austauschmomenten, Begegnungen und Treffpunkten zu schaffen. Mit diesem Engagement einhergehend und auch durch die bloße Präsenz von Geflüchteten im öffentlichen Raum von Gera ist eine Belebung der Stadt zu erkennen.

Final kommen wir aus unseren Erfahrungen und Erkenntnissen des Projektes daher zu dem Schluss, dass die sozialräumlichen Prozesse in Gera bisher eher als Ankommens- als Integrationsprozesse beschrieben werden können. Die sozialräumliche Integration von Flüchtlingen ist zum momentanen Zeitpunkt als ambivalent zu bezeichnen, wobei dies vermutlich nicht nur für das hier skizzierte Gera, sondern auch auf viele andere Kommunen in Deutschland in ähnlicher Weise zutrifft.

## Literatur

MDR, n.n. 06.01.2017: Thüringen – Gewalt gegen Flüchtlingsheime.

<http://www.mdr.de/thueringen/thueringen-gewalt-gegen-fluechtlingsheime-100.html> (letzter Aufruf 06.01.2017).

Neues Deutschland, DPA 2016: Wegen rassistischer Stimmung: Theaterleute verlassen Gera. Vier Schauspieler und Sänger kündigen Vertrag wegen fremdenfeindlicher Ressentiments im Alltag.

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1036744.wegen-rassistischer-stimmung-theaterleute-verlassen-gera.html> (letzter Aufruf 04.01.2017).

Petendra, B. 2005: Sozialräumliche Integration von Zuwanderern: best-practice-Projekte. Darmstadt: Schader-Stiftung.

Schalast, A., Seidel, M. 2016: Migration und berufliche Integration in Thüringen. IWT Institut der Wirtschaft Thüringen. Situation und Perspektiven von Geflüchteten. <https://www.iw-thueringen.de/vwt/Ressources.nsf/res/574ABE0395BADBA5C125798F00276B29?openDocument> (letzter Aufruf 08.01.2017).

Stadt Gera 2016: Gera in Zahlen. <https://www.gera.de/fm/193/Gera%20in%20Zahlen%202016i.190545.pdf> (letzter Aufruf 06.01.2017).

Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz 2016: Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen des Freistaats Thüringen für die Förderung der Integration von Menschen mit

Migrationshintergrund (Projektförderrichtlinie Integration).

<http://www.thueringen.de/th4/tmmjv/integration/gesetze/index.aspx> (letzter Aufruf 07.01.2017).

Thüringer Online-Sozialstrukturatlas ThOnSA 2016: Bevölkerung.

[https://statistikportal.thueringen.de/thonsa/tbl\\_liste.php?auswahl=tbl&thema=1&auspid=](https://statistikportal.thueringen.de/thonsa/tbl_liste.php?auswahl=tbl&thema=1&auspid=) (letzter Aufruf 06.01.2017).